

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

154 (12.7.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins H. u. gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jeberzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Restlagen 60 Pfg. Restanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Ermäßigungen. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Restlagen: Hermann Wahler in Karlsruhe.</p>	

Deutscher Reichstag.

280. Sitzung.
Berlin, 10. Juli 1909.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Reichsfinanzreform.

Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg: Der Reichstag steht am Abschluß der Reichsfinanzreform; der Bedarf von 500 Millionen Mark wird zwar gedeckt, aber es ist nicht gelungen, in allen Teilen ein Einverständnis zu erzielen; die Erbschaftsteuern sind nicht so gut wie die Vorlage. Die Bindung der Matrifularbeiträge ist nicht erreicht; in der Vermögenssteuerfrage besteht tiefe Meinungsverschiedenheit. Aber der Bundesrat hat einstimmig beschlossen, die angenommene Verbrauchsabgabe gleichzeitig mit den Erbschaftsteuern unter Ausschluß der Notierungssabgabe in Kraft zu setzen. (Beifall.) Eine Verschiebung der Reform würde die Finanznot verlängern und alles ins Ungewisse setzen. (Sehr richtig!) Das ganze Volk erkennt die Notwendigkeit der Reform. Nicht Aufschub in die Zukunft, sondern eine Tat in der Gegenwart ist geboten; daher müssen die vorhandenen Mängel mit in den Kauf genommen werden, um des Reiches Not zu lindern. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Seydewitz (kons.) nimmt Akt von dieser Mitteilung und freut sich derselben. Die Reform ist also gesichert. Wir haben dabei schwere Opfer gebracht. (Große Beifall links.) Ich meine nur die Zündersteuer und die Brauereisteuer. (Stürmische Unterbrechung links.) Die Erbschaftsteuer lehnten wir ab, die Gründe hierfür besetzen fort. Diese allgemeine Vermögenssteuer wollen wir nicht in die Hände eines Parlamentes legen, das aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. (Stürmische Unterbrechung links), weil sonst gar leicht Sätze eingeführt werden würden, die zu einer Expropriation führen könnten. Das werden auch jene konservativen Männer einsehen, die heute gegen die Fraktion stehen. Wir haben auch Opfer staatsrechtlicher Art gebracht, indem wir den sogenannten Vermögenssteuern zustimmten. Neben dem Reich erheben Einzelstaaten und Kommunen sehr hohe Erbschaftsteuern. In Preußen zahlen 9 Prozent aller Besitzenden die Steuern, die alle Nichtbesitzenden auch zahlen. Um das ganze Volk zu sichern, haben wir trotz hoher Bedenken die Erbschaftsteuern zugestimmt; sonst hätte man nichts Gutes schaffen können. Manche Steuern mögen ansehbar sein; aber die Einkünfte machen es uns einmal vor, wie man 500 Millionen Mark Steuern ohne Mafel schaffen kann. Wir haben den Vermögenssteuern zugestimmt, damit man nicht sagen kann, wir hätten aus egoistischen Gründen gehandelt. Vor 6 Wochen lag der Karren im Sumpf; 3 Pferde rechts — 3 Pferde links; aber ein Kutcher war nicht zu sehen. (Beifall.) Da haben wir eingegriffen, um dem Volke dieses unerfreuliche Schauspiel zu ersparen, trotz des Unmutes und des Misfalles in unseren Reihen. Auf dem Wege, auf dem wir gingen, lag der Bloß. Dieser sollte die nationale Sicherheit geben und die Vorbereitung einer Partei brechen. Dieses Ziel bleibt erreicht. Aber der Reichstag hat aus dem Bloß etwas anderes gemacht; er hat das Zentrum grundtätig ausgeschaltet. Liberale und Konservative trennt am letzten Grunde eine Weltanschauung; da müssen Situationen eintreten, wo der Bloß nicht mehr funktioniert. Das Zusammengehen mit den Liberalen war auch für uns nützlich. Aber dieses Verhältnis mußte aufgebaut sein auf der Gleichberechtigung; das wollte die Linke nicht. Dr. Wiener jagte es ganz offen, daß Gelehrte und Verwaltung mit liberalem Geiste durchdrungen werden muß. (Sehr richtig!) Wo bleiben da die konservativen Ideen? Eine liberale Hero, die von konservativen Männern gestützt wird, hat man noch nicht gesehen. Es war ein politisches Verdienst der Konservativen, in dieser Situation so zu handeln. Daß unter geübter Reichskanzler in diesem Augenblick zurücktritt, ist eine schwere Verantwortung. Meine politischen Freunde bedauern das und werden nie vergessen, was dieser Staatsmann für uns gewesen ist. (Sehr richtig!) Wir haben es nicht vergessen, was dieser Kanzler für die wirtschaftlichen Interessen des Landes getan hat. Wir sprechen den Reichskanzler auch die Anerkennung aus, wie oft und entschieden er für die Person des Königs und des Kaisers eingetreten ist; wenn einige meiner Freunde auch manchmal etwas mehr gesehen hätten, so sind wir alle doch davon überzeugt, daß er nach bestem Gewissen gehandelt hat. Und einen solchen Reichskanzler hätten wir für den Reichstag nicht ändern wollen? Auch diese Dinge ordnen sich an dem Wechsel der Anschauungen. Weil er dem Liberalismus auch ein Blühen an der Sonne gestatten wollte? Allen bürgerlichen Parteien müssen die Weimer offen stehen. (Beifall.) Dem Reichskanzler verzeihen wir den Weg nach Damaskus. (Beifall.) Aber man forderte auch von uns das Opfer der Ueberzeugung. Der Reichskanzler wußte längst ganz genau, daß die Konservativen für die Erbschaftsteuern nicht eintreten würden; wir haben

es ihm ganz genau durch unseren Vorstehenden mitteilen lassen. Er wußte es also ganz sicher. Es mag sein, daß er uns mitteilen ließ, daß er seinen Rücktritt nehme, wenn wir nicht zustimmten; es mag sein, daß er dies schon früher getan hat. Aber das hat auch ein Ende; denn sonst können wir zum reinen Gouvernentalismus und das wollen und können wir nicht. (Sehr richtig.) Einem Staatsmann, der sich mit den Liberalen vereinigt, die im letzten Moment verfallen, können wir nicht das Opfer der Ueberzeugung bringen. Warum haben die Liberalen denn verfallen? Ich weiß es zurück, daß wir den Reichskanzler gestützt haben; er hat sich mit einer Richtung einverstanden erklärt, welche jetzt ihre Unfähigkeit bekundet. (Sehr richtig!) Man flagt uns an, daß wir die Vorherrschafft des Zentrums wieder herbeigeführt haben. Ein Bündnis mit dem Zentrum hat nicht bestanden und besteht nicht; wir sind rein sachlich vorgegangen. Das Zentrum ebenfalls. Da haben wir doch keinen Grund, die Hilfe dieser Partei zurückzuweisen. Welche bürgerliche Partei ist nicht auch schon mit dem Zentrum gegangen? Ist das uns nicht billig? Hat nicht selbst Bismarck 1879 die Grundlagen der heutigen Wirtschaftspolitik mit dem Zentrum geschaffen? Hat nicht Bülow selbst 10 Jahre mit dem Zentrum gearbeitet? Da sind wir in keiner Gesellschaft, in der wir uns zu schämen brauchen. Wir haben die grundsätzliche Ausschaltung des Zentrums für einen Fehler gehalten, sie bedauert und zwar im Interesse des konfessionellen Friedens. (Sehr richtig!) Wir kennen die Macht der katholischen Kirche und sie ist groß; aber wir denken von unserer evangelischen Kirche groß genug, daß sie den geistigen Kampf führen kann. Was wir aber nicht wollen, das ist eine Neuanlage des Kulturkampfes. (Lebhafter Beifall.) Mit der Reichspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung gehen wir im allgemeinen Hand in Hand. (Zuruf: Falsch!) Ich lebe lange genug, um zu wissen, was Sie auf dem Herzen haben. Die polnische Fraktion hat sich nahezu immer in der Mehrheit gefunden; das hat ernste Bedenken hervorgebracht. Die Polen haben rein sachlich mitgearbeitet. Wir haben noch nie in einer nationalen Frage verfallen. Wir hätten mit den Polen nicht gearbeitet, wenn Anshun an uns gestellt worden wären auf nationale Gebiete. Aber wir anerkennen die Mitarbeit dieser Partei, sie ist mehr wert als ein schmollendes Beistehen. Wir haben in diesem schweren Kampfe unser Gewissen rein gehalten und taten das, was wir tun mußten. (Stürmischer Beifall bei den Konservativen und im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.) Ein Zusammenarbeiten von Konservativen und Liberalen ist eben nicht möglich. Da sieht tatsächlich eine Weltanschauung dahinter; das hätten sich die Liberalen selbst sagen müssen. (S. r.) Die Konservativen haben noch jeden Reichskanzler gestützt, der ihnen nicht anlagte. Das Zentrum lehnt in seine alte Stellung zurück. Fürst Bülow ist das Opfer seiner eigenen Schwäche geworden; er hatte nur ein Ziel: Kanzler zu bleiben! Der Reichskanzler hätte den Reichstag auflösen sollen. Die Liberalen waren bereit, 400 Mill. Mt. indirekte Steuern zu bewilligen, wenn Sie nur 100 Mill. Mt. Erbschaftsteuer erhalten hätten; das wird ihnen das Volk nie verzeihen. Bülow hat eine gemeingefährliche und volksgefährliche Politik getrieben. Der Widerstand gegen die Wählerreform hat konservativ und Zentrum zusammengeführt. Die geforderten 500 Mill. Mark würden nur für kurze Zeit ausreichen; dann kommt eine neue Reform. Nicht einmal die Wählerreform und die Erhebung der Mannschafsklöschung kann man durchführen.

Abg. Dr. Sieber (Nl.) Die Reichsfinanzreform fällt zusammen mit einer innerpolitischen Krise. Seit langen Jahren müssen wir erfinden gegen ein großes Gewicht; der Entschluß ist uns nicht leicht geworden. Heute haben wir keine Finanzreform mehr, sondern ein Steuerbüßel. Die Regierung hat mit ihrem Projekt eine Niederlage erlitten und zwar durch die neue Mehrheit. Das Zentrum bleibt nur seiner alten Tradition treu, wenn es jede wirkliche Reform unmöglich macht. (Hört!) Das Zentrum wollte nur einen Nachschuß geben den Fürsten Bülow führen. Wie hat sich das Zentrum in erster Lesung benommen. Der Abg. Erzberger hat sich bei den letzten Wahlen gegen neue indirekte Steuern ausgesprochen. Das Zentrum hat anfangs beiseite gestanden, bis es den Bloß sprengen konnte. Die Polen haben eine Politik der Mache durchgeführt. Die Nachschüsse war das Rückgrat der Finanzreform; man hat diese deshalb nicht in die Reform aufgenommen, um uns entgegenzusetzen. Der Mittelstand hat sich nahezu einstimmig für die Erbschaftsteuer ausgesprochen. (Zuruf: Nein!) Wir waren bereit, rund 400 Mill. Mt. indirekte Steuern zu bewilligen und wollen den Brauereisteuern noch höher belassen als bei diesem Werke. Der Goldismus einzelner Stände hat bei diesem Werke gestiftet. Der nationale Aufschwung der letzten Wahlen ist bei diesem Werke gescheitert. Wir sehen mit Bülow einen bedeutenden Staatsmann scheitern. Die Bloßpolitik ist ein Leitmotiv, auf das der Nachfolger Bülows vielleicht wieder zurückgreifen müssen. Niemand ist unter uns, der in die Zeiten des Kulturkampfes zurückkehren will. (Nl.) Die Bloßpolitik

war verfrüht; sie hat auf uns alle erschüttert gewirkt. Wir scheiden aus dem Kampfe als die Besiegten; auch die Regierung hat eine Niederlage erlitten; das Urteil über den Sieg überlassen wir der Geschichte und unseren Wählern. Das Wert ist ein Stückwerk, dessen Ergänzung erfolgen muß. Bei der wirklichen Finanzreform der nächsten Jahre werden die heutigen Besiegten die Sieger sein. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.): Als wir am 30. März d. J. die letzte große Diskussion über die Bloßpolitik und ihre Stellung zur Finanzreform hatten, haben meine Freunde an dieser Diskussion keinen Teil genommen. Wir könnten dieselbe Haltung auch heute noch einnehmen, könnten auch heute schweigen und die Tatsachen reden lassen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sänderende!) Tatsache ist, daß die große Aufgabe, die der neuen Parteikombination, die aus den Wahlen von 1907 hervorgegangen ist, zugefallen war, einer Parteikombination, die recht eigentlich gegen meine Freunde gerichtet war, daß diese große Aufgabe nicht durch jene Parteikombination, sondern nur mit Hilfe meiner Freunde zustande gekommen ist. Aber die Vorwürfe, die namentlich während der zweiten Lesung und die auch draußen im Lande gegen die Haltung des Zentrums erhoben sind, nötigen mich doch, einige wenige Worte zu sagen. Ich möchte Ihnen in aller Kürze den Nachweis erbringen, daß die Haltung, die meine politischen Freunde in dieser Frage eingenommen haben, eine durchsichtige konsequente (Lachen links), eine in der Natur der Sache begründete und eine durch den Gang der Entwicklung vorgezeichnete gewesen ist.

Von Anfang an haben meine politischen Freunde ausdrücklich erklärt, daß sie die Notwendigkeit der Sanierung der Reichsfinanzen anerkannten, daß sie durchaus davon überzeugt wären, daß den bedrückenden Verhältnissen im Innern und der Schädigung unserer Wirtschaft nach außen ein Ende gemacht werden müsse. Meine politischen Freunde haben ebenso von Anfang an erklärt, daß sie bereit seien, an diesem großen Werke mitzuarbeiten. Es entsprach diese unsere Erklärung durchaus dem grundsätzlichen Standpunkt, den wir auch nach der Reichstagsauflösung, auch nach der neuen Parteikonstellation hier im Saale eingenommen haben. In den großen Debatten, die hier im Februar und März des Jahres 1907 stattgefunden haben, ist von allen meinen Freunden, die damals zum Wort gekommen sind, erklärt worden, daß wir durchaus nicht daran denken, von jetzt an eine Politik der Verärgerung zu treiben, sondern daß wir jederzeit bereit seien, wenn die Aufgabe an uns herantrete, positiv und sachlich mitzuarbeiten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Dagegen verfährt es nun gar nicht, wenn in der ersten Lesung der Finanzreform etwa bezweifelt worden ist, ob die ganze Höhe der damals von den Regierungen angeforderten Summe notwendig sei oder nicht. Wir haben uns ja dann in der Kommission überzeugen lassen, daß dieser ganze Bedarf ausgebracht werden müsse. Es verfährt ebenso wenig gegen die Haltung meiner politischen Freunde, wenn in der ersten Lesung der Finanzreform gegen einzelne Steuerarten hier mehr oder minder temperamentvolle Bedenken ausgesprochen sind. Das wird sich immer wiederholen, daß man zunächst, wenn man einer neuen Aufgabe gegenübersteht, die Schattenseiten hervorhebt und die Bedenken in den Vordergrund schiebt. Bedenken, die man vielleicht gar nicht, vielleicht aber doch nachträglich nach Änderung des Sachverhalts oder nach besserer Belehrung überwinden kann. Ich werde noch darauf zurückkommen, Ihnen zu sagen, weshalb wir später in der Lage waren, mitzuarbeiten.

Denn damals, bei der ersten Lesung der Reichsfinanzreform wußten wir ja noch gar nicht, ob wir überhaupt zur Mitarbeit gelangen würden. Es ist ja von Anfang an gerade die Lösung der Reichsfinanzreformfrage als eine Hauptaufgabe, als die große Aufgabe bezeichnet worden, die der neuen Parteikombination zugefallen ist. Allerdings erkennen wir an, der Staatssekretär des Reichsschatzamt hat von Anfang an seinerseits erklärt, daß er sich durchaus nicht einseitig auf diese oder jene Partei stütze, sondern die Hilfe aller Parteien in Anspruch nehme. (Sehr richtig! in der Mitte.) Ebenso hat auch der Reichskanzler allerdings niemals es hier ausgesprochen, daß er die Mitwirkung der Zentrumsfraktion bei dieser Finanzreform nicht wünsche. Ich glaube, er hat sogar einmal ausdrücklich an alle bürgerlichen Parteien nach dieser Richtung hin appelliert. (Sehr richtig! rechts.) Aber aus der Haltung der sogenannten Bloßparteien und der Bloßpresse schien es ganz anders herauszufließen. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Ich glaube, es war noch im Jahre 1908, da warf der Abg. v. Payer in einem Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung“ die Frage auf: Wer soll die Reichsfinanzreform machen? Und er beantwortete die Frage dahin: Natürlich der Bloß! (Beifall im Zentrum.) Und später ist es wiederholt,

immer namentlich dann, wenn Schwierigkeiten in der Kommission infolge von Reibungen innerhalb der verschiedenen Bestandteile des Bloßes entstanden waren, in der Presse der Bloßparteien hervorgehoben worden, es müsse vor allen Dingen vermieden werden, daß das Zentrum wieder zur Mitwirkung komme. (Sehr richtig! in der Mitte.) Und vor allen Dingen die eine Tatsache, die allein für sich spricht, die durch den Namen des Abg. Gerold ausgesprochen wird: Es war ein Moment in den Beratungen der Finanzreform eingetreten, wo die schwierige Frage der Aufbringung der Vermögenssteuer akut geworden war, da es schien, daß die Frage der Vermögenssteuer auf dem Wege der Reichsfinanzreform nicht gelöst werden könne, daß sie nur gelöst werden könne, wenn man den Umweg über die Einzelstaaten benutze.

In diesem Moment hat der Abg. Gerold einen Antrag eingebracht, der diesen Gedanken Ausdruck gab. Dieser Antrag Gerold hatte für uns eine doppelte Bedeutung. Er besagte für uns erstens: Wir sind bereit, an der Finanzreform mitzuarbeiten. Er hatte die weitere Bedeutung, daß wir sagten, wir wollen keine Finanzreform, bei der der Bloß nicht entsprechend ausgiebig getroffen wird. Aber, da es, wie es schien, nicht möglich war, dies auf dem Wege der Reichsfinanzreform zu machen, so wollten wir es auf dem Umwege über die Einzelstaaten machen durch eine Erhöhung der Matrifularbeiträge, die dann in den Einzelstaaten durch direkte Steuern, die die Besitzenden treffen, ausgebracht werden sollten. Das war der Gedanke des Antrages Gerold, der dabei noch so gefaßt war, daß er zunächst jedes Eingreifen in die Finanzhoheit der Einzelstaaten zu verhüten suchte. Dieser Antrag hatte nach allem, was man hörte und annehmen durfte, die Aussicht, angenommen zu werden und die Majorität der Kommission auf sich zu vereinigen.

Man glaubte schon, daß die Annahme des Antrages Gerold für die nächste Sitzung in Aussicht stünde. Diese nächste Sitzung ist aber abgelaufen worden. Es haben Vereinbarungen stattgefunden, es haben lange Beratungen stattgefunden, deren Ergebnis ein anderer Antrag war, der zwar auch den Umweg über die Einzelstaaten nehmen wollte, aber noch tiefer in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingriff, der Antrag Gamp, ein Steuerkompromiß, dessen Undurchführbarkeit allgemein anerkannt wurde. Dieser Antrag wurde angenommen und der Antrag Gerold abgelehnt. (Hört, hört! in der Mitte.) Das hatte für uns die Bedeutung, daß man an unsere Mitwirkung nicht dachte. Und es ist auch noch nicht lange her, daß ein illustriertes liberales Blatt, die „Völn. Zeitung“, ausdrücklich ausgesprochen hat, daß die Finanzreform gemacht werden solle ohne das Zentrum, unter Ausschaltung des Zentrums, und sie hat, was für uns sehr befriedigend war, hinzugefügt: Darum treffe auch das Zentrum keinerlei Verantwortung. (Hört, hört! in der Mitte.)

Aber wie war es, wenn der Bloß die Finanzreform nicht machte? Was sollten wir dann tun? Sollten wir dann einfach in den Hintergrund treten, die Hände in den Schoß legen, die Rolle des tertius gaudens spielen? Ich glaube, das wäre eine Pflichtvergessenheit gewesen. (Beifall Zustimmung in der Mitte.) Das wäre eine Haltung gewesen, die wir nicht nur nicht vor unseren Wählern, sondern vor dem ganzen Lande nicht hätten verantworten können. (Erneute Zustimmung in der Mitte.) Aus dieser Erwägung allein haben wir die Aufgabe übernommen, die uns da zufiel. Freudig haben wir sie nicht übernommen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Denn die Schwierigkeiten, die damit verbunden sein würden, waren uns nur zu wohl bekannt. Es ist nichts milderer, meine Herren, als im Deutschen Reich eine Finanzreform durchzuführen. (Erneute Zustimmung in der Mitte.)

Abg. Sieber hat vorhin gemeint, daß das Zentrum beabsichtigt habe, das Zustandekommen einer Reichsfinanzreform im Deutschen Reich zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich kenne die Tatsache nicht, obwohl ich schon recht lange an der Reichspolitik des Deutschen Reiches teilnehme, die er dabei im Sinne hatte. Ich weiß nur, daß die große Finanzreform 1879, auf die auch Herr v. Seydewitz hingewiesen hat, ganz ausschließlich durch die energische Mitwirkung meiner Freunde zustande gekommen ist. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Ich weiß ferner, daß die Finanzreform von 1906 ebenso mit Hilfe meiner Freunde zustande kam, und damals waren die Nationalliberalen auch dabei. Deswegen war mir diese Neußerung des Herrn Abg. Sieber sehr verwunderlich.

Ich sagte, daß es ganz besonders schwierig ist, eine Finanzreform im Deutschen Reich zu machen. Die Schwierigkeit liegt in dem schon oft hervorgehobenen historisch ausgefallenen Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten. Das Reich ist entstanden aufgrund des alten Zollvereins, und das bringt von Anfang an die Trennung mit sich; dem Reich die indirekten und den Einzelstaaten die direkten Steuern. Und so ist das für ein Parlament

bedeutet, das aus direktem allgemeinem gleichem Wahlrecht hervorgegangen ist, brauche ich Ihnen nicht anzuführen. Es wäre freilich viel bequemer, wenn es umgekehrt wäre, wenn wir hier im Deutschen Reichstag, der aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangen ist, die direkten Steuern zu beschließen hätten. Denn es ist ein schlechtes Geschäft für die, die aus der großen Masse der Wähler hervorgegangen sind, die Masse zu belassen. Es wäre viel bequemer und angenehmer, wenn wir hier die Weisenden allein treffen und die großen Massen gänzlich aus dem Spiele lassen könnten, wenn wir bei der Beschließung der Steuern aus der Tiefe unseres Herzens uns sagen könnten: Jetzt haben wir eine Steuer beschlossen, von der 65 Prozent unserer Wähler nicht getroffen werden. (Sehr richtig in der Mitte, Zuruf links: Versuchen Sie es doch einmal!)

Ferner, wenn im Deutschen Reichstag nach unseren verfassungsmäßigen Verhältnissen die indirekten Steuern in den Vordergrund treten, so kann dadurch immer der Schein erweckt werden, als ob überhaupt die deutsche Bevölkerung nur durch indirekte Steuern belastet werde, so fällt vollkommen weg die schwere Belastung, die durch die Besteuerung der Einzelstaaten die anderen Kreise unserer Bevölkerung trifft. Darauf ist wiederholt hingewiesen worden. Wachen Sie es doch den Einzelstaaten nicht unmöglich abzuschnitten, so große Kulturaufgaben zu erfüllen, die ihnen nach der Reichsverfassung erst recht zugewiesen sind. Wie sollen unsere Einzelstaaten in Zukunft alle die großen und wichtigen Aufgaben für Schule, für Volkserziehung, für Wissenschaft, für Kunst vollbringen, wenn ihnen ihre Steuerquellen unausgespart beizubehalten werden? (Sehr richtig in der Mitte und rechts.)

Es ist doch zu bedenken, daß das, was das Reich leidet, für die Allgemeinheit in erster Linie bestimmt ist. Das Reich ist es, das uns die große Bedeutung als Weltmacht geschaffen hat. Die Vorzüge des Reiches kommen allen zugute, und eben deshalb kann man von vornherein nicht sagen, daß nicht alle nach dem Maße ihrer Kräfte zu dem Bestande des Reiches und zur Aufbringung der Reichsmittel beizutragen hätten. (Sehr richtig in der Mitte und rechts. Sehr wahr! links.) Wir müssen uns nach dieser Richtung durchaus von Ueberreibungen fernhalten. Es ist nicht richtig, daß im Deutschen Reich der größte Teil der Steuern von den Besitzlosen aufgebracht wird. (Zuruf links: Sicher!) Sie dürfen nicht so einseitig zu Werke gehen, daß Sie die hier im Reichstage zur Heranziehung gekommenen Steuern allein in Betracht ziehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Weidmännische Arbeiterzeitung! Ich weiß's ja selber!)

Nun lag die Sache so, daß wir zwar nicht nach unserem Wunsch und Willen, aber durch den Zwang der Verhältnisse zur Mitarbeit berufen wurden, und dabei kamen allerdings einige Umstände in Betracht, die uns die Mitarbeit erleichterten. (Zuruf links.) Ich habe schon vorher gesagt, daß in der ersten Lesung von meinen Freunden gegen einzelne Steuern und Steuerformen sehr scharf Stellung genommen war. Nun aber waren gerade die Steuern, gegen die sich meine Freunde am schärfsten in der ersten Lesung ausgesprochen hatten, bereits durch die Beschlüsse der Kommission beigegeben worden.

In der Kommission abgelehnt war die Nachlasssteuer, abgelehnt die Monopolversteuer für die Branntweinbesteuerung, abgelehnt war die Warendolumentensteuer für die Tabakbesteuerung, abgelehnt war die Besteuerung der elektrischen Kraft, und wenn die Herren den stenographischen Bericht über die erste Lesung nachlesen wollten, so waren das gerade die Punkte, gegen die sich am meisten, am energischsten und am schärfsten die Bedenken meiner Freunde gewandt hatten. (Sehr wahr! in der Mitte.) Dieser Umstand war es, der uns wenigstens die Teilnahme erleichterte, und nun lag weiterhin — das war ebenso in den Verhältnissen durchaus begründet — die Sache so, daß wenn wir jetzt zur positiven Mitarbeit bei der Lösung der Finanzreform herangezogen wurden, wir diese Lösung nur vornehmen konnten an der Seite der konservativen Partei.

Meine Herren! Mit den Konservativen, aber damals auch mit Hinzuziehung der Nationalliberalen, haben wir jenseitig die Politikdebatte geführt, haben wir die Steuerfragen des Jahres 1906 gelöst. Es verband uns also von vornherein mit jener Seite gerade auf wirtschaftlichen Gebieten die alte Waffenbrüderschaft. Dazu kamen die anderen Umstände, die Sie alle kennen, die ich aber noch einmal kurz andeute. Mit den Konservativen führte uns in diesem Falle zusammen die gemeinsame Ablehnung der Einbeziehung der Deszendenten in die Erbschaftsteuer. Ich werde nicht mehr sochlich auf diese Frage eingehen, ich habe wirklich auch keine Lust, über unsere Auffassung des Eigentums als Familienvermögen zu sprechen, nachdem ich gesehen habe, wie wenig in diesem Stadium der Verhandlungen derartige ruhige Auseinandersetzungen Erfolg haben. (Sehr richtig in der Mitte, wie man immer den Familieninn nur mit Spott behandelt. (Zuruf links.)) Statt auf die wichtigsten Momente einzugehen, die jenseitig von Herrn Spaun und von mir hier angeführt worden sind. (Sehr richtig in der Mitte, Zurufe links.)

Der Abg. Sieber hat vorhin darauf verwiesen, die Erbschaftsteuer sei nur mit einer ganz kleinen Mehrheit abgelehnt worden. Die Mehrheit, die sie abgelehnt, war freilich nicht groß, aber die Minderheit war darum so groß, weil die äußerste Linke mit Ihnen gestimmt hat. (Sehr richtig in der Mitte und rechts.) Die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien hat gegen die Erbschaftsteuer gestimmt. (Sehr richtig in der Mitte und rechts.) Es ist ferner von dem Vorredner gesagt worden, daß der ganze Mittelstand einstimmig diese Erbschaftsteuer oder überhaupt die Einbeziehung der Deszendenten in die Erbschaftsteuer gewünscht habe. Das ist nun doch in dieser Allgemeinheit nicht richtig, denn beispielsweise hat sich der Zentralausschuß des bayerischen Handwerker- und Gewerbetreibenden, der seine Tagung in Nürnberg hatte, ausdrücklich dagegen ausgesprochen. (Sehr richtig in der Mitte.)

Also bitte ich auch hierin nicht zu übertreiben.

Es ist die ganze Frage der Erbschaftsteuer infolge der Agitation meines Erachtens in ein ganz falsches Licht gestellt worden. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch, daß allen denen, die die Erbschaftsteuer nicht wollen, lediglich Egoismus, oder, wie geschmackvoll gesagt wird, Vorleimonneninteresse vorgeworfen wird (Sehr richtig! in der Mitte und rechts), ist die Frage vollständig verwirrt worden. (Zuruf links.) Sehen Sie doch einmal genau im Lande zu! Sie geben sich einer ganz ungeheuren Täuschung hin. (Sehr richtig! rechts.) Es ist nicht richtig, daß das ganze deutsche Volk danach lechzt, das Kindeserbe der Besteuerung zu unterwerfen. (Wohlfahrtige Zustimmung in der Mitte und rechts. Zurufe links.)

Diese Haltung der Erbschaftsteuer gegenüber brachte uns von selbst auf die Seite der Konservativen und ebenso noch der andere fruchtige Punkt, über den ja so viel gesprochen worden ist, die Liebesgabe. Für uns hat die ganze Branntweinbesteuerung einen völlig anderen Charakter, als für die streitenden Parteien innerhalb des alten Blocks. Das Branntweinergewerbe spielt in den Kreisen unserer Wähler eine so geringfügige Rolle, für uns kommt gar nicht das Interesse der Großgrundbesitzer in Betracht. Für uns liegt die Sache ganz anders, uns steht in erster Linie der Gedanke, daß aus dem Branntwein ein größerer Steuerertrag zu erzielen ist. (Zuruf links: Daher die Liebesgabe!) — Ich bitte sehr — und was die Form der Besteuerung betrifft, so waren wir einzig in der Ablehnung des Monopols. Waren wir aber darin einig, so mußten wir bei der Vergeltung der Branntweinsteuer durch uns Rücksicht nehmen auf die besonderen Bedürfnisse unserer kleinen mitteldeutschen und süddeutschen Brenner. (Sehr richtig! in der Mitte.) Durch das Monopol würde die bevorzugte Stellung derjenigen kleinen mitteldeutschen und süddeutschen Brenneren geschädigt worden sein. Die große Mehrheit meiner Freunde hat von jeder der Monopolform ablehnend gegenüber gestanden. Nachdem das Monopol gefallen war, mußten wir für eine solche Ausgestaltung der Branntweinsteuer eintreten, die jene Interessen der süddeutschen und mitteldeutschen kleinen Brenner schützt. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Für uns ist die Liebesgabe kein Geschenk, das wir den Großgrundbesitzern machen, für uns ist sie in ihrer jetzigen Gestalt lediglich die Fortsetzung des gesetzlichen Schutzes, auf den die süddeutschen und mitteldeutschen kleinen Brenner bisher schon Anspruch hatten. (Zuruf links.) Und wenn der Abg. Sieber von einer Vergrößerung der Liebesgabe gesprochen hat, so denkt er wohl nicht daran, daß durch den vorausgesetzten Rückgang des Konjunks nach dieser Richtung hin eine erhebliche Verschlechterung stattfinden wird. Es ist bedauerlich worden, daß sich die Höhe der sogenannten Liebesgabe infolge der zu erwartenden Einschränkung des Konjunks in Zukunft statt auf 45 auf 36 Millionen belaufen wird. (Wohlfahrtige Zustimmung rechts.) Aber wie dem auch sei, für uns handelt es sich hier nur um eine gewisse Form der Besteuerung. Die Frage der Liebesgabe hat für uns gar nicht die Bedeutung, und deshalb sind wir in der angenehmen Lage, daß die desfallsigen Kostenpunkte, die dem neuen Block geltend gemacht worden sind, in den Kreisen unserer Wähler gar keine Zugkraft haben werden. (Sehr gut! in der Mitte.) Wir müssen ja den Leuten erst zeigen, was dieses Kostwort — ich werde es nicht wiederholen, der Herr Präsident hat es gestern als unparlamentarisch bezeichnet — eigentlich heißt, und Schlagwörter, die man erst erklären muß, verlieren ihre Kraft. (Wohlfahrtige Zustimmung in der Mitte.)

Diese beiden rein sachlichen und entscheidenden Umstände mußten es mit sich bringen, daß wir die Finanzreform an der Seite der konservativen Partei die Verpflichtung, für die abgelehnte Erbschaftsteuer einen Ersatz zu schaffen. Es ist ja leicht zu sagen, daß man die alte Scheidung zwischen direkten und indirekten Steuern aufgeben möchte. Zu meinem Bedauern ist dieser Gedanke nicht nur von Seiten der Linken, sondern auch von einem hervorragenden Redner der rechten Seite ausgesprochen worden. Er war der Meinung, daß man die reinliche Scheidung zwischen der Besteuerung im Reich und der in den Einzelstaaten, wonach dem Reiche die indirekten, den Einzelstaaten die direkten Steuern gebühren, nicht aufrecht erhalten könne, daß man also in Zukunft auch im Reiche zu einer direkten Besteuerung übergehen müsse, und er hat gemeint, daß es im Grunde doch nur Schlagwörter seien, wenn man vom Ausschließen der Finanzhoheit der Einzelstaaten spreche.

Wir können dies nicht als zutreffend ansehen. Meine Freunde halten an jener Scheidung fest und sind der Meinung, daß, wenn die Aufhebung derselben für die großen deutschen Bundesstaaten weniger verhängnisvoll wäre, wenn die Aufhebung möglicherweise für Preußen noch eine Verstärkung seines Einflusses im Reiche bedeuten könnte, sie für die übrigen Bundesstaaten in der Tat eine Herabminderung ihrer Stellung, eine Ausschöpfung ihrer Finanzautonomie, eine Verletzung ihrer Souveränität bedeuten würde. (Sehr richtig! in der Mitte.) Und eben deshalb sind wir entschlossen, an jener Scheidung festzuhalten, und die verbliebenen Regierungen haben ja auch ihrerseits diesen Standpunkt festgehalten. War dem aber so — ich habe davon am 24. Juni gesprochen, als ich zur Erbschaftsteuer zu sprechen hatte —, so mußten wir auf Mittel und Wege sinnen, um diejenige Form der Besteuerung ausfindig zu machen, durch die wir, ohne in die Finanzhoheit der Einzelstaaten einzugreifen, den Besitz treffen konnten, das war der Sinn und die Bedeutung der Vorschläge, die wir ihnen gemacht haben und die ja in der zweiten Lesung bereits angenommen worden sind.

Daß das keine vollkommene Steuer sind, das wissen wir ja selbst; aber ich habe überhaupt noch niemals einen vollkommenen, einen in jeder Richtung idealen Steuerorschlag gesehen. (Seiterkeit.) Es wird sich dies auch immer so verhalten, daß jede Steuer — es ist dies auch schon von Herrn v. Seydewitz ausgesprochen worden — wie Flug und weise sie auch ausgedacht ist, nach der einen oder anderen Richtung hin als weniger günstig, als drückend und wirtschaftlich unvollkommen empfunden werden wird. Ein vollkommenes Werk ist

nicht geschaffen worden, wenn aber Herr Sieber gesagt hat, diese Finanzreform sei Stückwerk, so denke ich: Stückwerk alles ist Menschenwerk, so auch jede Finanzreform und jeder Steuerorschlag. (Sehr richtig! in der Mitte.) Dann möchte ich doch glauben, daß, wenn sich einmal die Aufregung, in der wir uns hier begreiflicherweise befinden, gelegt hat, wenn es einmal aufgehört hat, daß alle Negierer des Hohmes und des Bornes über diese neuen Steuerorschläge losgelassen werden, dann noch vielleicht eine einrichtsvolle Erwägung Platz greift, und daß die Herren mit der Zeit doch vielleicht einsehen werden, daß diese Finanzreform so schlecht doch nicht gemacht ist. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Ich komme nun noch zu einigen allgemeinen Bemerkungen. Herr v. Seydewitz hat schon mit vollem Recht bemerkt, daß ein Bindnis zwischen dem Zentrum und den Konservativen nicht besteht. Es besteht auch tatsächlich nicht. Es hat sich ausschließlich gehandelt um eine Parteifusion ad hoc. Ich kann lediglich bestätigen, was Herr v. Seydewitz in dieser Richtung gesagt hat. Das hatte schon vorher außer diesem Graf Westarp auf eine Anfrage gesagt. Auch hat er damals schon — das ist durch die Zeitungen gegangen — erklärt, daß von einem Bindnis nicht die Rede sei, daß man sich zusammengefunden habe, um eine vorliegende Frage gemeinsam zu lösen. Es gibt kein Bindnis und es gibt keine „konservativ-kerikale Allianz“. Meine Herren, dieses Wort war ganz außerordentlich töricht, wenn es nicht mit bewußter Absicht gesagt worden wäre. (Sehr gut! rechts.) Eine konservativ-kerikale Allianz gibt es nicht und wird es niemals geben. Es gibt ganz wesentliche Verschiedenheiten, die meine Partei und die konservative Partei von einander trennen. Die konservative Partei ist die Partei des alten preussischen Grundbesitzes mit allen, was dazu gehört und was damit zusammenhängt. Darin besteht ihr Recht, ihre große historische Bedeutung. Die konservative Partei ist seit Generationen aufs engste verbunden mit dem preussischen Staate. Sie ist ausgesprochen infolge der durch eine Homogenität der Zusammensetzung, durch eine Einseitigkeit der politischen Richtung, wie sie in diesem Grade vielleicht keine andere Partei für sich in Anspruch nehmen kann.

Das Zentrum — es ist oft genug gesagt worden — ist aus den verschiedensten Bestandteilen zusammengesetzt. Wir haben Vertreter aus Nord und Süd, der Osten ist auch bei uns vertreten, aber im wesentlichen ist es der Rhein und das Westfalenland, die zu uns halten. Nicht bloß die landmannschaftlichen Verschiedenheiten geben uns das Gepräge, sondern auch die großen sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen unsern Wählern und den Erwohnten. Wir haben keineswegs nur den Vertreter der größten und namentlich der kleinen Grundbesitzer unter uns, sondern auch die Vertreter des selbstbewußten, aufstrebenden Bürgerturns, wir haben ebenso unter uns die Vertreter des Arbeiterstandes.

Wir haben Elemente unter uns, die nach vorwärts, nach Fortschritt drängen, und deshalb wird es immer so sein, wie auch in der Vergangenheit, daß wir bei Fragen, die das moderne Leben aufwirft, eine andere Stellung einnehmen wie die konservative Partei. Noch viel weniger wie von einer Allianz kann von einer Vorherrschaft oder Erfolgschaft gesprochen werden. Das sind die Schlagwörter, mit denen man große Kinder gläubig zu machen sucht. (Sehr richtig! in der Mitte.) Es ist nicht so und wird nie so sein, daß das Zentrum die konservative Partei geschneidet und an seinen Siegeswegen gespannt habe. (Seiterkeit.) Und es ist auch nicht so, daß wir hinter den preussischen Junker herliefen. Das sind alles Schlagwörter, die geeignet sein mögen für den Wahlkampf, aber ich meine, hier in erster Beratung sollte man so etwas ausschalten. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Und nun die Polen! Das war freilich noch ein ganz besonders schlimmer Einfall, wenn man sagen konnte die „konservativ-kerikale-polnische Allianz“. (Seiterkeit.) Meine Freunde haben nie ein Gehl daraus gemacht, daß sie Gegner der gegen die Polen gerichteten Politik gewesen sind. (Bravo bei den Polen.) Meine Freunde haben immer verlangt, daß die Polen, wie die anderen Staatsbürger, nach gleichem Rechte zu behandeln seien. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wir müssen jetzt anerkennen, mit doppelter Bewunderung anerkennen, daß die Herren der polnischen Fraktion trotz ihrer schwierigen Lage hier im Hause und vielleicht noch schwierigeren Lage draußen im Lande bei ihren Wählern entschieden positives Arbeit geleistet haben (wiederholtes Bravo in der Mitte), und daß sie an diesem großen, wichtigen, für die Genesung der deutschen Verhältnisse so unendlich bedeutenden Werke in maßgebender Weise mitgearbeitet haben. (Erneutes Bravo in der Mitte, große Urruhe, Lärm und Zurufe links.) Die liberale Seite, meine Herren, kann sich eigentlich nicht beschweren, wenn die Polen jetzt mit der anderen Seite gegangen sind, denn die antipolnische Politik hat im Reichstage den vornehmlichsten Träger auf der linken Seite gehabt. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) Denken Sie an das Vereinsgesetz. (Sehr richtig! in der Mitte, Urruhe links.)

Nun aber ist gesagt worden, daß es sich gegenwärtig um einen Wendepunkt in der deutschen Politik handelt. Dieser Gedanke richtet sich noch einmal den Blick auf die Wahlen, auf die Auflösung vom Jahre 1906 und die Wahlen von 1907. (Rufe: Aha, links.) Ich habe bis in die letzte Zeit hinein und zwar von Angehörigen der verschiedensten Parteien die Frage gehört: Warum ist eigentlich alle einig, daß die scharfe Kritik an gewissen Vorgängen, die die gutmütige Protektion, die einige meiner Freunde recht untergeordneten Subalternbeamten haben aufgeben lassen, da nicht der eigentliche Grund sein konnte. (Sehr richtig! in der Mitte.) Ich habe die Klugheit des leitenden Staatsmannes viel höher eingeschätzt; ich habe nie geglaubt, daß er den Reichstag aufgelöst habe, weil er sich über die Partei geärgert habe, mit der er bis dahin große Erfolge davon getragen hat. (Sehr richtig! in der Mitte), sondern ich habe mich stets gefragt, wo mag der tiefere Grund für den Wechsel der Dinge sein. Ich glaube, daß jetzt die Frage geklärt ist. Warum es sich damals handelte, das war das Auf-

kommen eines liberalen Regimes im Reiche und Preußen zu fördern. (Erinnern Sie sich doch daran, daß der Abg. Wassermann in den Monaten, die der Auflösung vorangegangen sind, verschiedentlich bedeutungsvolle Reden in seinen Parteiverfassungen gehalten hat.)

Erinnern Sie sich an die eine Rede, in der Herr Wassermann von dem Vordringen des Liberalismus gesprochen hat (Sehr richtig! in der Mitte), in der er davon gesprochen hat, daß der Liberalismus nach rechts und links vorwärts gehe. (Zuruf links.) Die Lage ist für den Liberalismus nun doch so bedeutend nicht. Der Liberalismus ist die Weltanschauung vielleicht des größten Teiles unseres bestehenden Bürgerturns. (Sehr richtig! links.) Der Liberalismus verfußt über die größten Geldmengen, er verfügt über die Presse wie keine andere Partei. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Dies sei hier unumwunden zugestanden. Aber worüber die liberalen Parteien nicht mehr verfügen, das sind die großen Wählermassen. (Wohlfahrtige Beifall und Zustimmung in der Mitte.) Die Verhältnisse haben sich seit den sechziger Jahren vollständig geändert.

Zene Zeiten — ich habe sie selbst noch als Mitglied des Parlamentes erlebt, wo die liberalen Parteien, ich meine die bürgerlichen liberalen Parteien, für sich allein die Mehrheit im Reichstage gehabt haben — diese Zeiten werden nun nie wiederkehren. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts. Zuruf links: Leider! Große Seiterkeit.) Dafür sorgt die äußerste Linke. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wenn also dem Liberalismus nun doch wieder einmal eine mehr oder weniger längere Periode der Vorherrschaft zugestanden werden sollte, so konnte es nicht geschehen durch die eigene Macht des Liberalismus, sondern nur auf dem Umwege des Blocks. (Wohlfahrtige Beifall, hört! rechts.) Ich habe am ersten Tage nach der Wahl, als wir uns wieder hier versammelt hatten, einem Mitgliede der konservativen Partei gesagt: Wenn diese neue Politik gelingt, wenn sie zu Ende geführt wird, dann haben Sie die Bede zu besagen. (Sehr richtig! in der Mitte, Zuruf links: Aha!)

So liegt meines Erachtens die Sache. Das war der letzte Grund jener Auflösung. In wirtschaftlichen Fragen war im letzten Reichstage eine Majorität nur möglich, wenn die liberalen Parteien mitgingen. (Sehr richtig! in der Mitte.) In dem neuen Reichstage ist eine Majorität auf wirtschaftlichem Gebiete möglich, wenn sie nicht dabei sind. (Aufe in der Mitte: Sehr gut! Zuruf des Abg. Wassermann: Das hat der Liberalismus durch die Unterzeichnung der konservativen fertig gebracht! Große Seiterkeit in der Mitte.) Es ist jetzt viel die Rede davon gewesen, daß sich nunmehr eine große liberale Partei zusammenschließen müßte. Von dieser großen liberalen Partei war auch früher schon die Rede, war recht nachdrücklich und eindringlich die Rede in den achtziger Jahren. Damals sagte mein verbortener großer Freund, unser unergiebiger Führer Windthorst, er werde den Tag begrüßen, an dem eine solche große liberale Partei zustande käme, denn an dem Tage würde es auch die eine große konservative Partei geben. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Meine Herren! Die große liberale Partei ist jetzt nicht gekommen, ich glaube nicht an den Block von Wassermann bis Bebel. (Große Seiterkeit.) Ich glaube auch nicht, daß Herr Wassermann selbst bei diesem Block sein würde. Ich glaube auch nicht, daß es ihm gelingen würde, die Verschiedenheiten, die die verschiedensten Denominationen von einander trennen, auszugleichen. Wohl, gründen Sie diese liberale Partei, dann wird bei der großen konservativen Partei, die dann allerdings auch entfällt, das Zentrum zur Stelle sein. (Wohlfahrtige Beifall in der Mitte.)

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Wpt.) Das Zentrum hat dieses Finanzgesetz hervorgebracht. Es hat zunächst auch bestritten, daß man 500 Mill. M. braucht. Die Konservativen sind nicht Führer, sondern die Geführten. Die Liebesgabe ist zur Ausplünderung der Allgemeinheit bestimmt. Das Zentrum hat einen Erfolg bei dieser Geschichte erzielt; die Konservativen sind geschickt in der Sache gegangen. Die Konservativen haben den Block zerstört und zwar wegen der Wahlrechtsfrage. Der konfessionelle Friede wurde durch diese Allianz nicht gefördert; denn das Zentrum präsentiert die Rechnung sofort im Landtage auf dem Gebiete der Schule. Wir sind nicht mit allen Maßnahmen des Fürsten Bismarck einverstanden; aber ein Kleber war er nicht. Die Schulpolitik erreicht nicht zum Segen des Reiches. Sein Name aber wird in der Geschichte des Vaterlandes mit Ehren genannt werden. Die heutige Niederlage ist die Mutter unseres Sieges. (Beifall.)

Abg. v. Dirksen (N. P.) Wir sind in einer sehr günstigen Lage, da wir uns stets bemühen die Reform zustande zu bringen. Wir nehmen sie in allen Teilen an. Möge der nationale Gedanke zu neuer Lebenskraft erwachen! (Beifall rechts.)

Abg. v. Czarlinski (Pole). Mein sachliche Gründe haben uns bewegen, für die Steuern zu stimmen; niemand hat uns beeinflusst; wir haben nur Verpflichtungen übernommen; da es uns nicht gleichgültig sein kann, welche Reform zustande kam. (Beifall.) Wir verstehen es, wenn die Konservativen für das Deutschturn eintreten; aber wir fordern dieselben Rechte für uns. Wir haben gezeigt, daß wir positiv mitarbeiten können; aber wir fordern auch, daß man uns als gleichberechtigt anerkennt. (Beifall.)

Abg. Naab (B. B.) freut sich, daß die Reform zustande kommen wird. Wir hätten noch lieber einige Vorleistungen angenommen. Bismarck hat sich verrechnet, wenn er meinte, daß der Liberalismus schon heute aus der Reserve herausstreiten werde. Augenblicklich hat ein polnischer Abgeordneter mehr Wert als alle 50 national-liberale Abgeordneten. (Stiller, Seiterkeit.)

Abg. Zimmermann (Antif.) erklärt sich für die Reform. Wir können nicht einsehen, warum nur die Erbschaftsteuer die einzig richtige Steuer sein soll. Die Mehrheit erwirbt sich ein Verdienst um das Reich. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Finanzgesetz wird angenommen.

Die Kontingenzabgabe wird abgelehnt, ebenso die Wertzuwachssteuer.

Die Belastung der Kaffeens und Teezoll; derselbe wird mit 191 gegen 158 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Die Belastung der Beleuchtungsmittel wird in folgender Form angenommen:

Die Steuer beträgt:

A) für elektrische Glühlampen und Brenner zu folgenden: a) Kohlen- b) Metallfaden-

Table with 3 columns: Wattage (bis zu 15 Watt, von über 15 Watt bis 25 Watt, etc.), Lamp type (a) Kohlen-, (b) Metallfaden-, and Price (für das Stück).

B) für Glühkörper zu Gasglühlampen und ähnlichen Lampen 10 Pfg. für das Stück;

C) für Brennlampen zu elektrischen Bogenlampen: 1. aus Meintoble 60 Pfg. für das kg., 2. aus Kohle mit Leucht-

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Deutschland.

Wilsons Abschied. Beim scheidenden Fürsten Nikolai und der Fürstin fand am Samstag ein Dinner statt, zu welchem die Beamten des auswärtigen

Der Antrag wird angenommen gegen die Stimmen der Nationalliberalen. (Großes

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Rusland.

Die Verhandlungsdirektion der Christlichsozialen, um den österreichischen Reichsrat arbeitsfähig zu machen,

ist infolge der Politik der Slawen gescheitert. Die Slawen verbanden mit der Obstruktionsangelegenheit die schon einmal unterlegene Absicht, das Ministerium

Zur Kretzfrage wird der „Frf. Bg.“ aus Konstantinopel gemeldet: Die Kretele wird Dienstag über-

Die Kolonien und die englische Marine. Die Konferenz, welche damit beauftragt ist, die Anteilnahme

Spanien und Marokko. Einzelne um Melilla wohnende Stämme sprachen laut „Frf. Bg.“ dem

Baden. Karlsruhe, 12 Juli 1909.

Der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Fürstlichen Fürstlichen Waldhüter

Veränderungen in höheren Beamtenstellen. In den höheren Beamtenstellen stehen zahlreiche

4. Eitlingen, 10. Juli. Der „M. Cour.“ demontiert unsere Nachricht, monach hier verlautet, die

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz; dabei wird folgender Antrag vom Grafen von Westarp (R.) be-

Die Beibehaltung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Das Finanzgesetz wird in 3. Lesung mit 226 gegen 137 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt das Schanweinsteuerergesetz. Dabei wird folgender Antrag angenommen: Für anderen Schanwein und schanweinähnliche Getränke bei einem

Das Gesetz wird mit 232 gegen 120 Stimmen angenommen.

her „Courier“ — was er auch nicht befreit und nicht befreiten kann — im reaktionellen Teil für die sozial-

Es sind dies gewiß Gründe genug, die für die Wahrscheinlichkeit der hier vielfach verbreiteten Überzeugung

Wenn nun die Nationalliberalen im hiesigen Bezirke doch noch einen Kandidaten aufstellen sollten — woran

Im die Entzifferung des „Couriers“ über unsere Notiz richtig beurteilen zu können, sei daran erinnert, daß

Am 11. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

her „Courier“ — was er auch nicht befreit und nicht befreiten kann — im reaktionellen Teil für die sozial-

Es sind dies gewiß Gründe genug, die für die Wahrscheinlichkeit der hier vielfach verbreiteten Überzeugung

Wenn nun die Nationalliberalen im hiesigen Bezirke doch noch einen Kandidaten aufstellen sollten — woran

Im die Entzifferung des „Couriers“ über unsere Notiz richtig beurteilen zu können, sei daran erinnert, daß

Am 11. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

Stokach, 10. Juli. Gestern verstarb der ehemalige Waisenmeister Sprenger seine Frau durch

ein Traum; die Dampftrassenbahn geht immer noch nicht, während sie doch zur Entlastung der neuen Stadt dienen könnte, indem sie einen Teil der Bevölkerung in die nächsten Dörfer transportierte. Die Tramgesellschaft wartet immer noch auf die Stadtoberverwaltung, um Garantien für die Wiederaufnahme des Dienstes zu erhalten, aber vergebens. Der neue Stadtherrschler jedoch wartet auch, aber auf Geld; er schätzt die monatlich erforderliche Summe auf 200 000 Lire, die er von der Regierung forderte; diese bewilligte aber nur 50 000 Lire, und zwar im April, d. h. also, daß die Summe noch nicht ausbezahlt werden konnte, weil die bürokratischen Präliminarien noch nicht erfüllt sind. Die sonstigen Gelder, die hier und da an die Stadtkasse kommen, zerplündern sich in Pensionen für Soldatwächter und Feuerwehrlente a. D. und für Gehälter einiger Beamtenkategorien, während die Lehrer seit dem Januar noch nichts erhielten. Alle die Unglücklichen, die so leer ausgehen, drängen und stoßen sich täglich auf dem viel zu engen Korridor der Rathausbarade, die auch zum Schmutz unangenehmer Streitigkeiten wird. Als z. B. der Präsident dem stellvertretenden Bürgermeister einen Aufschreibebuch machen wollte, ließ ihn dieser nicht nur nicht vor, sondern begriffte ihn auch durch die geschlossene Tür mit gemeinen Schimpfwörtern. Tut nichts, die Hauptsache ist und bleibt: in Messina ist und trinkt man gut, jede Gruppe von drei Baraden hat ihr Speisewagen, jeden Augenblick sieht man auch Gruppen von drei Offizieren ohne Wohnbaraden als Begleitung. Daneben gibt es eine Menge Bars. Dieses Ausleben rassistischer Trinitäten nennt man die „Wiedererziehung der Stadt“.

Jürwahr, kein erfreuliches Bild!

Hochwasser in Baden.

* Infolge der seit Wochen anhaltenden Regengüsse führen die Flüsse und Bäche Hochwasser. Vereinzelt liegen folgende Ortschaften vor:

Neudorf. Die Neud durchbrach unterhalb Gerlach den Damm und überschwemmte Wiesen und Felder auf weite Strecken. Das ganze Gelände oberhalb der Bahn, zwischen der Stadt und dem Walde bis hinauf nach Gerlach gleicht einem See. Viel Heu und Erdreich wurden von Fluten fortgerissen. Die Fluren rechtsseitig der Neud blieben verschont, da hier kein Ausbruch stattgefunden hat. Auch die Gemücker Wagschurp und Gamschurp haben schwer gelitten.

Jell a. S. Freitagabend machten sich die wilden Wogen der Nordach und des Harmerbach Bahn durch die Dämme und überschwemmten gleich Sturzwellen Acker und Wiesen. Die Straße nach Untereichenbach stand meterhoch unter Wasser, eine Brücke wurde fortgerissen und der Boden aufgewölbt. Die tiefer gelegenen Häuser mussten geräumt werden. Die Höhe des Schadens ist noch nicht abzulesen. — Auch die Elz ist, wie aus Gemündingen berichtet wird, zu einem reißenden Strom geworden, so daß das Schilfweid zu befeuchten ist. Besonders die Untereichen der Brückenbauten erleiden beträchtlichen Schaden.

— Aus Lörach ist zu melden: Altflecken gleicht einem See. Die natürlichen und künstlichen Abzugskanäle vermochten das Wasser nicht mehr zu fassen, welches sich schmutzig durch die Straßen, Gärten und Gehöfte wälzte. Die Feuerwehr suchte durch Aufwerfen von Dämmen und Aufhauen der Straßen die Wasser abzulassen. Die Wiese und der Steinbach sind über die Lfer getreten. Die Brücken sind gesprengt. Das Wasser des Steinbach drang von der Höhe in das Dorf Haunigen, großen Schaden anrichtend. Auch hier mußte die Feuerwehr eingreifen. — Der Dürbach der Badisch-Meinfelder hat die anliegenden Wiesen in einen See verwandelt. — Schlimm hat das Hochwasser der Schutter bei Bahr und Dinglingen gehau.

Lokales.

Karlruhe, 12. Juli 1909.

— Verlangen an den Bürgerausschuß. Eine Reihe von Verlangen des Stadtrats ist dem Bürgerausschuß zugegangen u. a. der Dienstvertrag mit dem neuen Bürgermeister Dr. Klein Schmidt, nach welchem dieser ein Jahresgehalt von 9000 Mk. erhält, der auf 1. Januar 1911, 1913, 1915 und 1917 um je 1000 Mk. somit bis zu dem Betrag von jährlich 13 000 Mk. erhöht wird. Für Grundbesitzerwerbungen zur Verfestigung der Abwasserleitung werden 34 856 Mk. angefordert nebst den etwa 500 Mk. betragenden Kosten. Die Summe wird aus Anleihenmitteln bestritten. — Ferner beantragt der Stadtrat, der Bürgerausschuß solle seine Zustimmung dazu erteilen, daß bei Vermietung von Gelände am Rhein für industrielle Zwecke auf Verlangen ein

Verkaufrecht eingeräumt und dabei ein Preis von zehn Mark für den Quadratmeter in Aussicht gestellt wird. — Ferner wird die Zustimmung des Bürgerausschusses dazu beantragt, daß die Stadtkasse Ruppert, Mühlstein und Grünmühl mit Gasleitung versehen werden, die städtische Gasleitung auch nach der Gemeinde Hagsfeld durchgeführt und der hierdurch entstehende Aufwand im Betrag von 110 000 Mk. + 66 000 Mk. + 33 000 Mk. + 46 500 Mk. = 255 500 Mk. durch Anleihenmittel bestritten wird. In der Begründung wird die Rentabilität dieser Unternehmungen in den drei Stadtteilen nachgewiesen unter Zugrundelegung einer Verzinsung von 4,1 Prozent des Anleihekapitals. Mit der Gemeinde Hagsfeld wurde ein Gaspreis von 16 Pfg. für Leucht-, Koch- und Heißgas, von 17 Pfg. für Automaten- und von 14 Pfg. für Wasser- und Wärmegas garantiert und für jeden fehlenden Kubikmeter 9 Pfg. bezahlet. — Ferner wird beantragt, der Bürgerausschuß solle seine Zustimmung dazu erteilen, daß mit einem aus Anleihenmitteln zu bestreitenden Aufwand von 40 000 Mk. eine Anlage zur Befestigung von Abwasserkanälen beim Krematorium errichtet werde und die Bestimmungen über die Befestigungsanlage beim Krematorium in das Ortsstatut über das Bestattungswesen als Anlage aufgenommen werden. In der Begründung hierzu wird u. a. ausgeführt:

Schon das Ortsstatut über das Bestattungswesen vom Jahre 1904, das sich erstmals mit der Feuerbestattung zu befassen hat, ging von der Annahme aus, daß mit der Zulassung der Feuerbestattung für die Stadtgemeinde die Verpflegung verbunden sei, das Gelände des Friedhofs auch für die Befestigung von Abwasserkanälen zur Verfügung zu stellen. Demzufolge wurde seinerzeit das Verzeichnis der Abhöfe, auf dem sich das Krematorium erhebt, dazu bestimmt, die für die erste Zeit erforderliche Anzahl von Abwasserkanälen in sich aufzunehmen, soweit sie nicht auf bereits belegten Bestattungsplätzen befestigt werden konnten. Obgleich nun seit Beziehen des Krematoriums erst eine verhältnismäßig kleine Anzahl solcher Abwasserkanäle befestigt worden ist, hat die bisherige Erfahrung doch schon veranlaßt, nur zur Hebung von Abwasserkanälen in sich aufzunehmen, soweit sie nicht auf bereits belegten Bestattungsplätzen befestigt werden konnten. Obgleich nun seit Beziehen des Krematoriums erst eine verhältnismäßig kleine Anzahl solcher Abwasserkanäle befestigt worden ist, hat die bisherige Erfahrung doch schon veranlaßt, nur zur Hebung von Abwasserkanälen in sich aufzunehmen, soweit sie nicht auf bereits belegten Bestattungsplätzen befestigt werden konnten. Obgleich nun seit Beziehen des Krematoriums erst eine verhältnismäßig kleine Anzahl solcher Abwasserkanäle befestigt worden ist, hat die bisherige Erfahrung doch schon veranlaßt, nur zur Hebung von Abwasserkanälen in sich aufzunehmen, soweit sie nicht auf bereits belegten Bestattungsplätzen befestigt werden konnten.

Die älteren Feuerbestattungsanlagen stehen gemeint in Verbindung mit einer sogenannten „Lernenhalle“, das sind Bestattungsplätze, die zur oberirdischen Aufnahme einer bestimmten Anzahl von Leichen in den Wänden der Halle bestimmt sind.

Neuerdings macht sich mit Entschiedenheit die Meinung bemerkbar, den „Lernenhallen“ zu bezuziehen. Die „Lernenhallen“ in ihrem bisherigen Charakter haben sehr erhebliche Mängel gezeigt. Von Anfang an nur für eine bestimmte Anzahl von Leichen eingerichtet, erwiesen sie sich bald als unzureichend; eine Vergrößerung ist mit finanziellen sowohl wie mit architektonischen Schwierigkeiten verbunden.

Die Errichtung einer „Lernenhalle“ kann demnach nicht empfohlen werden. Auf der anderen Seite fällt es aber auch schwer, in der Art und Weise, in welcher die Frage der Anlage eines sogenannten „Lernenhallen“, bisher anderwärts so lösen versucht worden ist, eine für hiesige Zwecke vorbildliche Anlage zu finden.

Die Schwierigkeit der gestellten Aufgabe gegenüber der Anordnung von Begräbnisplätzen für Leichenbestattungen liegt in folgendem: Hier ist eine Geländeportion von bestimmter Größe zur Aufnahme jeder einzelnen Leiche unumgänglich nötig, womit die äußere Gestaltung der einzelnen Grabstätten und Grabdenkmäler in ihrem Grundriß bereits gegeben erscheint; dort kommt dagegen die Platzfrage an sich fast kaum in Betracht. Das Problem liegt also darin, eine Anordnung der Abwasserkanäle zu finden, die den Zweck der äußeren Kennzeichnung der einzelnen Grabstätten in möglichst befriedigender Weise erfüllt, zugleich aber dem ökonomischen Gesichtspunkt der Raumersparnis bei Abwasserkanälen in genügender Weise Rechnung trägt.

Die Anlage schließt sich mit einem Radius von 90 Meter kreisförmig um das Krematorium herum an. Der Hügel, auf welchem das Krematorium steht, wird zweimal terrassiert. Die beiden Parterreanlagen in Verbindung mit der unteren Terrasse des Krematoriums bilden zusammen den inneren Teil der Befestigungsanlage, der ausschließlich zur Aufnahme von Abwasserkanälen bestimmt sein soll. Die hier gelegenen Teile der Parterreanlage sind ausschließlich für unterirdische Befestigung vorzusehen. Die Bedeutung der Befestigungsanlage hat nach einheitlichen der gesamten Anlage angepaßten Vorschriften zu geschehen, denen sich jeder Erwerber eines solchen Platzes zu unterwerfen hat. Die gärtnerische Anlage und

starke Streifenlichter zu errichten und es uns widerstrebt, all' die ohnehin schon so oft zitierten Mängel hier in einem Neumal nochmals aufzuführen. Ob bei der Befestigung einzelner Gräber der Oper, wie z. B. desjenigen der „Heroine“ u. d. nächste Saison viel besser wird, ist sehr zu bezweifeln. Das Schauspiel steht weit über der Oper, müge es sich die Intendanz angelegen sein lassen, auch der Letzteren endlich zu ihrem ihr zustehenden Rechte zu verhelfen, wo und wie zu verbessern wäre ist des Lesers genug gelagt worden.

von Sieden.

Kirchliche Nachrichten.

— Freiburg. (Südbadener Anzeiger.) Der „Freib. Bot.“ berichtet vom 9. Juli über die Festfeier der Jubilare: Die Feier des silbernen Jubiläums der im Jahre 1884 ordinierten Priester führte am Abend des Festtages alle 12 Herren bei ihrem Wohnen im Dompfarrhaus zu Freiburg zusammen. Es waren bewegte Momente, als einzelne der Jubilare das erste Wiederbesuch nach 25 Jahren feierten.

Hocherfreut waren alle Zeugen der Glückwünsche und Ehrungen, welche die Marianniten Kongregationen Freiburg, insbesondere die der Tugendstift, ihren Bräutigam brachten. In späterer Stunde traten auch noch der Männer- und Knabenchor der Dompfarrkirche unter Leitung seines verdienten Kapellmeisters Konstantin Schweizer herrliche musikalische Weisen vor; das Domum est consisti Domino von Est, den Abschied von Wengert und Psalm 99, Jubilate von A. Schweizer. Alle Jubilare fühlten sich hochgeehrt und sprachen herzlichen Dank aus.

Die kirchliche Feier war in der bis zum letzten Klänge gefüllten Kapelle des Mutterhauses, die ihren schönsten Schmuck angelegt hatte. Die Festpredigt hielt Herr Superior Geistl. Mag. Wagner über den Text: Die Ermahnungen des Herrn will ich befolgen auf ewig. Es waren tief empfundene Worte voll übernatürlicher Kraft und Salbung. Das Hochamt, gehalten von Herrn Dompfarrer Wehrle, wurde verheerlich durch den Gesang des Schweizerchores, der in Reife und Zugabe mit dem feierlichen Jubilate ausgezeichnete leistete.

Unterhaltung der Abwasserkanäle ausschließlich durch die Stadtgemeinde nach einheitlichen Gesichtspunkten; eine Einigung und Abgrenzung der einzelnen Abwasserkanäle findet regelmäßig nicht statt; vielmehr soll gerade durch den gärtnerischen Zusammenhang der Abwasserkanäle, Gräber, Bestattungsanlagen und dergleichen der erstrebte harmonische, ruhige Gesamteindruck erzielt werden. Soweit die von der Gesamtanlage eingenommene Kreisfläche nicht zu der inneren Anlage, der eigentlichen Abwasserkanäle, gehört, soll für die üblichen Bestattungsanlagen die Unterhaltung dieser Gräber voll oder auch hier durch die Stadtgemeinde geschehen.

Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß die geplante Anlage die Stadtkasse nicht belasten darf. Nach der für die Revision der bezüglichen Taxordnung angefertigten Berechnung muß für die Unterhaltung des Bestattungsplatzes auf dem Hauptfriedhof ein Betrag von jährlich 6 Mk. pro Platz im Durchschnitt erhoben werden, wenn die Kosten der Begräbnis- und Amortisation des gesamten Anlagekapitals des Hauptfriedhofs, sowie die laufenden Unterhaltungskosten gedeckt werden sollen. Die Ausführung der projektierten Befestigungsanlage erfordert laut Kostenberechnung, da eine Einbaumauer auch für die untere Terrasse ausgeführt werden soll, 89 864 Mk. oder 40 000 Mk.

Der jährliche Aufwand für die Befestigungsanlage mit rund 7880 Mk. ist auf jährlich 65 Plätze umzulegen, so daß auf den einzelnen Platz, bei Anlage auf die Dauer von 20 Jahren 121 Mk., das ist jährlich 6 Mk. im Durchschnitt entfällt. Diefem Betrage die allgemeine Durchschnittssumme von 6 Mk. zuzugerechnet, ergibt als Durchschnittssumme für die Unterhaltung eines Bestattungsplatzes in der projektierten Anlage, einschließlich der gärtnerischen Unterhaltung des Platzes, den Betrag von jährlich 12 Mk., für 20 Jahre 240 Mk.

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß die Frage der Kostenbedeckung der Anlage in der Hauptsache darauf beruht, daß die von der Stadt zu errichtende und zu unterhaltende Anlage sich nicht auf ein eigenes Abwasserkanalnetz beschränkt, sondern auch eine größere Anzahl von Bestattungsplätzen in sich einbezieht, deren zahlreicher Absatz gegenüber den verhältnismäßig nur langsam zur Verfügung kommenden Abwasserkanälen als finanzieller Ausgleich dient.

Die Begründung ist etwas mehrdeutig; namentlich wird man das nicht recht verstehen können, daß durch die Neuanlage die Feuerbestattung erst gefördert werden soll. In der Zeit von 1905 bis 1907 wurden jährlich 8 bis 9 Abwasserkanäle und circa 420 Begräbnisplätze abgegeben. Die Begründung hofft, daß künftig etwa 15 Abwasserkanäle jährlich abgegeben werden. Ob das zutreffen wird, kann man abwarten. Wir halten das Leihenvermögen für eine Garantie von einigen Tausend, die vom christlichen Glauben und daher auch von einem christlichen Begräbnis nichts wissen wollen. Und dieser wenigen Leuten wegen soll nun eine wertvolle Anlage geschaffen werden, die sich zwar auf dem Papier rentiert, aber in der Praxis nach Ansicht von Sachverständigen einen Verlustbetrag ergeben wird. Aus Kostengründen wird hierzu noch geschrieben, daß die Begründung des Stadtrats wird angeführt, daß die Begründung die Pflicht der Stadt hat, dafür zu sorgen, die Bestattungsstätte da aufzubauen, wo der Leichnam bestattet wurde.

Mit der Neuordnung wird die Zunahme zur Verrechnung nicht geteilt, da nach wie vor die Abwasserkanäle in die schon bestehenden Familiengebäude beigesteuert werden, schon aus Gründen des Familienfriedens. Es sich demnach ein Kapital von 40 000 Mk. rentiert, ist höchst zweifelhaft, und gar dann, wenn man die Summe zur unzureichenden Neuanlage hinzurechnet. Oder soll sich das verlangte Kapital dann mit zehnfachem Zinseszins, das die Stadtgemeinde die Anlage und Unterhaltung übernimmt und befreit?

Im Interesse der Anlagengelder wäre es erwünscht, wenn die Abstimmung so erfolgen würde, daß die Allgemeinheit und die Nichtinteressierten vorstehen bleiben. In Kreisen der Sachverständigen ist man der gleichen Ansicht, da in anderen Städten, wie z. B. Stuttgart, die Abwasserkanäle sich nicht rentieren und zu verlieren werden. Bei der möglichen Finanzlage der Allgemeinen ist es wünschenswert, den Leichen Annehmlichkeiten der künstlerischen oder unkonventionellen Individualität zu überlassen, bis endlich bessere Erfahrungen und bessere Zeiten solche Entzagenen gestatten.

Sachverständigen berechnen den heutigen Innenbau bei Verrechnung größerer Plätze als bisher, für ca. 80 Jahre für genügend ausreißend. Eine Vergrößerung wäre demnach unnötig und eine Veränderung könnte man ganz gut mit weit geringeren Mitteln ausführen.

Rus dem Gerichtssaal.

E. Karlsruhe, 10. Juli. (Strafkammer I.) Ein Wärling schämmer Seite hatte sich in der ersten heutigen Sitzung Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Anlagensache wegen mehrfachen Diebstahlverbrechen zu verurteilen. Der Angeklagte war der 60 Jahre alte Tagelöhner Karl Reich aus Oberndorf, dem zur Last gelegt wurde, sich in der Zeit vom 17. April bis 2. Juni hier in einer Wärling in der verhängenen Marienstraße wiederholt gegen den § 176 Ziff. 8 N. O. G. B. vergangen zu haben.

Segen und Le Deum schloß die kirchliche Feier. Nachdem Herr Doppschlag auf den feierlichen Gedanktag in einem Rührenden sticht, hatte, eilte man zu Herrn Prälat Schmitt, dem ehemaligen Repetitor von St. Peter, um eine Dankespflicht abzustatten, die von dem hochwürdigen Herrn Kreuzeblut angenommen wurde. Alsdann hatten die Jubilare die hohe Ehre, von dem hochw. Herrn Bischof durch ihren Sprecher, Herrn Dompfarrer Wehrle, die Begrüßungen treuer Liebe und Anhänglichkeit an die Kirche entgegen zu nehmen und Worte liebevoller Ermunterung mit dem Segen des Oberhirten entgegenzunehmen zu dürfen.

Das gemeinsame Mittagsmahl im katholischen Vereinshaus beendete durch die Wahl des Gebotenen und das gemüthliche Zusammensein mit allen Freunden und hochverehrten Gästen alle Teilnehmer. Das Hoch auf den hochwürdigsten Herrn Bischof brachte Dompfarrer Wehrle aus. Herr Prälat Krieg feierte die Priesterdeale in den Jubilaren. Pater Eichelberger gedachte der Veranfallter der ganzen Feier. Zahlreiche Telegramme und Briefe ließen ein; der hochw. Herr Bischof Dr. Anschütz und Herr Dompfarrer Schmitt gedachten aus dem Heiligtum des Tages. Nach 3 Uhr trennte man sich hochzufrieden über den gelungenen Verlauf der erhabenen Feier. — Schlußreden. Seine Gnade Herr Bischof Wilhelm von Hohenzollern haben auf die erhabene Pater Wehrle, Dompfarrer (Det. Dompfarrer) den Pater Wehrle, Mag. Stiefel beauftragt.

— Exerzieren in Feldbach. Viele der Teilnehmer der Exerzieren in Feldbach werden es mit Freude begrüßen, daß auf vielfältigen Wunsch fast gleichzeitig mit den Männererzieren auch solche für Frauen (im Antonienhaus selbst) stattfinden. Es bietet sich somit für manche Gattin die erwünschte Gelegenheit, der Gattin neben einer schönen Erholungsreise die Wohltat der Exerzieren aufkommen zu lassen. Da die Exerzieren der Frauen nur drei Tage später (13. Aug.) als die der Männer (10. Aug.) beginnen, so wird die Frau über die Tage freudliche Aufnahme bei den ehrenwürdigen Strengbewertern im Antonienhaus finden, während welcher Zeit Feldbach, das so manchen Sehenswürdigkeiten bietet und das nahe Dornbirn mit der berühmten Kapellenkathedrale befruchtigt werden können.

zu haben. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf 1 Jahr Gefängnis.

Eine Anklage wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung führte der 33 Jahre alte Arbeiterfabrikant Hermann Josef S. er zog aus Weiber, hier wohnhaft, vor die Strafkammer. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Tat liegt schon einen längeren Zeitraum zurück. Sie fällt in den Monat Mai 1908. Derzog hat nach der erhobenen Anklage am 21. Mai d. J. eine Kiste Zigaretten im Werte von 174 Mk., die von dem Zigarettenfabrikanten Stein in Wörsheim an den Wirt Philipp Seid abgehendet worden war, nicht an den Adressaten abgeliefert, sondern veräußert und das Geld für sich behalten und zur Verbedung dieser Unterschlagung die Eisenbahnpassetadresse mit dem Namen Seid selbst untergeschrieben. Der Angeklagte bestritt, sich einer Unterschlagung schuldig gemacht zu haben. Die Kiste sei von ihm in der Werkstatt des Seid abgeliefert worden. Es sei dabei übersehen worden, die Abfertigung bescheinigen zu lassen und so habe er, ohne jede schuldige Absicht, den Namen des Seid selbst auf die Eisenbahnpassetadresse geschrieben. Im Widerspruch zu diesen Angaben des Angeklagten in der Voruntersuchung. Er hat in deren Verlauf ein solches Ergebnis abgelegt und nicht nur die Urkundenfälschung, sondern auch die Unterschlagung zugegeben. Seine Widerrief er dieses Geständnis und erklärte, er habe nur deshalb alles zugegeben, um auf freien Fuß zu kommen. Was den Angeklagten weiter bestritt, war sein Verhalten, nachdem ihm bekannt geworden, daß im März d. J. die Eisenbahnverwaltung Mitteilung von dem Verschwinden der Kiste mit den Zigaretten erhalten hatte, nach der Verleib reorganisieren ließ. Er wendete sich an den Wirt Seid und an den Fabrikanten Stein, um die „Sache zu regeln“. Er hat dann auch an Stein 100 Mark bezahlt. Der Gericht erkannte nach der Beweisnahme gegen den Angeklagten die erhobene Anklage für überführt und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monats Unterdrückungshaft.

Vor einigen Wochen ging durch die hiesigen und auswärtigen Wärling die Nachricht, daß ein hiesiger Ingenieur, der Vertreter einer Maschinenfabrik, sich großer Veruntreuung zum Nachteil seiner Firma schuldig gemacht und in den letzten 2½ Jahren 17 000 Mk. unterschlagen habe. Diese Meldung war nur insofern zutreffend, als es sich um eine erhebliche Unterschlagung handelte. Der Täter war aber nicht ein Ingenieur, sondern ein Techniker, der 33 Jahre alte Karl Otto Alletotte aus Wiesbaden, hier wohnhaft, und die benachteiligte Firma, die Schreibmaschinenfabrikation Weierlein u. Co. in Stuttgart und nicht eine Maschinenfabrik. Die Firma Weierlein u. Co. hat ihren Hauptsitz in Stuttgart. Hier erwarb sie schon vor Jahren eine Filiale, deren Leiter seit Mitte 1906 Alletotte war. Er betrat das hiesige Geschäft vollständig und hatte auch den Eingang der Ausschüsse für verkaufte Schreibmaschinen und geleistete Reparaturen zu bewerkstelligen. Von den Weierlein, die ihm in seiner Eigenschaft als Filialleiter durch die Hände gingen, soll nach der gegen ihn erhobenen Anklage Alletotte in der Zeit von Oktober 1906 bis Anfang September 1908 Beträge in der Gesamtsumme von 11 400 Mk. unterschlagen und für sich verbrochen haben. Weiter wurde der Angeklagte beschuldigt, daß er im Dezember 1908 bis Mitte März 1909 sich von der Kontoristin J. nach und nach 9400 Mk. aus der Geschäftskasse genommen habe, die er in seinem Nutzen verwendete. Die Kontoristin war mit Alletotte angefaßt. Er wurde zum Vorkurs gemacht, dem Alletotte Besitze geleistet zu haben, indem sie ihm die Gelder aus der Kasse, deren Führung ihr anvertraut war, auf sein Verlangen ausshändigte und zur Verbedung der von jenem verlangten Rezurenturen falsche Kontoristenaufstellungen machte und diese dem Stuttgarter Hauptgeschäft vorlegte. Die Unterschlagenen waren beide gefällig. Alletotte erklärte, daß er mit seinem Gehalte von 100 Mark monatlich und 8 Prozent Provision aus dem Umsatz nicht auskommen konnte. Er habe auf seinen Geschäftsergebnisse mehr Ausgaben machen müssen als er beizufahren bekam, um das Geschäft in die Höhe zu bringen. So hatte er Ausgaben für Kräfte, Inzente, Repräsentation und Schmiergelder machen müssen. Dazu habe er einen großen Teil der veruntreuten Summe verwendet. Jügelnde mußte der Angeklagte aber auch, daß er sehr üppig gelebt hat, daß er für Sekt und andere noble Requisitionen erhebliche Ausgaben machte, die mit den unterschlagenen Beträgen befreiten wurden. Zur Verbedung der bedeutenden Rezurenturen wurden die Nachbestände, die alle 14 Tage an das Stuttgarter Hauptgeschäft zu erhalten waren, in unrichtiger Darstellung gegeben. Alletotte und die Kontoristin leugnen sich jeweils zuzummen und fälschten einen bezüglichen Bericht, durch welche die Firma lange Zeit getäuscht und in Unkenntnis von dem unredlichen Treiben ihres gewöhnlichen Sachwalters gehalten wurde. Im Sommer d. J. kam der Jubilar der Firma Weierlein hinter das Geheimnis seines hiesigen Filialleiters. Er übte, trotzdem es sich um erhebliche Beträge handelte, weitgehende Rücksicht. Er zeigte Alletotte nicht nur nicht an, sondern er ihm die Unterschlagung von 11 400 Mk. schriftlich bekannt hatte, er beauftragte ihn für Propagandazwecke sogar weiter. Die Stellung der Filiale war Alletotte selbstverständlich entgegen zu werden. Zeit nun für ein solches Verhalten dankbar zu sein, schuldige der Angeklagte die Firma noch weiter, indem er auch abgelieferte Gelder für sich befreit und die Kontoristin befreit, ihm namhafte Beträge aus der Geschäftskasse auszuhändigen, so daß Weierlein u. Co. noch um weitere 9400 Mark gekürzt wurden. Die Kontoristin J. war, wie oben schon angedeutet, gleichfalls gefällig. Sie hatte von dem unredlichen Treiben des Alletotte vollständig Kenntnis. Sie unterschlugte die Beträge mit der Erlaubnis, daß sie ganz unter dem Einfluß des Mitangeklagten, der ihr Vorgesetzter gewesen, gestanden und nicht den Mut besaß, sich seinen Anordnungen und Weisungen zu widersetzen. Sie habe Alletotte wiederholt auf das Bedenliche dessen, was sie tat, hingewiesen, er habe sie aber stets zu beruhigen gewußt und ihr gesagt, die Sache wird in Ruhe geregelt werden. Nachdem die Firma Weierlein u. Co. erkennen mußte, daß sie von Alletotte aufs neue hintergangen worden war, erzwangte sie gerichtliche Anzeige, die die heute verhandelte Anklage zur Folge hatte. Der Gerichtshof erkannte gegen Alletotte auf 2 Jahre Gefängnis, abzüglich 1 Monat Unterdrückungshaft, gegen die Kontoristin auf 8 Monate Gefängnis.

Die Verurteilung des Schneidermeisters Johannes A. i. n. aus Mail, den das hiesige Schöffengericht wegen Aneignung von 5 Togen Gefängnis bestrafte hatte, wurde als unbegründet verworfen.

Die Anklage gegen den 34 Jahre alten Metzger Valentin A. u. f. aus Wintersdorf wegen Beteiligung an einer Schlägerei mit Todesfolge bildete das gerichtliche Nachspiel zu einer Messerfäße, die sich in der Nacht vom 30. Mai zwischen 11 und 12 Uhr in der Ertlingerstraße dahier abspielte. Es wurde damals bei einer Streiterei der Jubilar Florian G. erschlagen. Der Angeklagte unterzeichnete ein Verzeichnis mit einer Zeugnisperson namens Wilhelm C. i., die nach zu dem ersten Gek in anderen Beziehungen stand. Der Letztere war daraufhin inhaftiert und es kam deshalb, als er in der Nacht des 30. Mai das Post in der Wilhelmstraße traf, zwischen der Ost und ihm zu einem Streit. G. rief die Frau an, die er nicht kannte und zog sie mit fort durch die Werberstraße nach der Ertlingerstraße, wo die Streitigkeiten aufs neue begannen und wo G. sich fühlte, und nach mit demselben auf G. ein. Er traf ihn dabei ins Herz, was den sofortigen Tod des Verletzten zur Folge hatte. Auf hatte sich heute vor der Strafkammer zu verantworten. Diese verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 1 Monat Unterdrückungshaft.